Klaus J. Bade (1): "Schluss mit der Integrationspolitik!" – Über zwei Trennlinien.



SPIEGEL ONLINE fragt Klaus J. Bade, wie eine zeitgemäße

Bade

Neuzuwanderem sollten wir helfen beim Erlemen der Sprache, bei der Suche nach Arbeit, Wohnung und Kita-Plätzen für ihre

Kinder.

Für Einwanderer der zweiten oder schon dritten Generation gilt: Schluss mit "Integrationspolitik".

Ich erinnere mich an eine Diskussionsrunde in der BBC: Eine eloquente, junge Muslima fragte Thilo Sarrazin, was er denn eigentlich von ihr wolle: Und Sarrazin stammelte: "I want you to integrate." Das war eine Beleidigung.

Wer sich ins kulturell und politisch pluralistische, multikulturelle Deutschland integrieren muss, das sind Sarrazin und die Deutschnationalen.

(Inklusion wär vielleicht ein passender Begriff für das, was für die integrierten Migranten auf der Tagesordnung steht. Anerkennen, dass sie Deutsche sind wie du und ich. – Auf diesen Punkt muss ich bald mal zurückkommen.)

2

Wo verläuft die Frontlinie?

Bade

Wir leben in einem gespaltenen Land. Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Mehrheitsbevölkerung und Einwanderern. Sie verläuft zwischen meist jüngeren Menschen, für die kulturelle Vielfalt eine mit Selbstverständlichkeit gelebte Alltagswirklichkeit ist, und jenen, die sich durch den kulturellen Wandel bedroht fühlen.

SPIEGEL ONLINE:

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer warnt vor "Migranten aus fremden Kulturkreisen" und versprach 2011, "bis zur letzten Patrone" gegen die "Zuwanderung in den deutschen Sozialstaat" zu kämpfen.

Bade

Populistische Politiker fördern leider nur zu oft Kulturrassismus.

Konservative Wähler haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von Glaubensbastionen verloren: Ende der Legende vom "Nicht-Einwanderungsland", Ende der Wehrpflicht, Ausstieg aus der Atomenergie.

Der Feldzug gegen unerwünschte Einwanderer ist eine der letzten politischen Konstanten konservativer Selbstfindung.

Aber die Zahl der Menschen, die solche Ersatzpolitik gutheißen, nimmt ab.

3

Es gibt noch eine zweite Trennlinie:

Bade:

Die Klassengesellschaft fängt schon bei der Begrüßung an. "Willkommenszentren" sind hilfreich, sollten aber allen Neuzuwanderem offenstehen.

Solange es noch immer mörderisch agitierende, antiislamistische Internetpranger und fremdenfeindliche No-Go-Areas gibt, ist "Willkommenskultur" ein Kandidat für das Unwort des Jahres. SPIEGEL ONLINE

Sehen Sie gar keinen Fortschritt?

Rade

In den vergangenen zehn Jahren hat Deutschland in der Migrations- und Integrationspolitik mehr erreicht als in den vier Jahrzehnten zuvor.

Aber viele Reformen kamen zu spät. Das Zuwanderungsgesetz von 2005 und das Anerkennungsgesetz von 2012 hätten wir vor einem Vierteljahrhundert schon gebraucht

SPIEGEL ONLINE:

Der Deutsche Städtetag hat unlängst vor einer Gefährdung des sozialen Friedens durch die Armenwanderung aus Osteuropa gewarnt.

Bade:

In den Zahlen überzogen, in der Sache zu recht. Es gibt noch immer keine Strategie für diese seit langem absehbare Herausforderung. Die Folgen zeigen sich im aktuellen Wandel der Feindbilder: früher "Gastarbeiter", dann "Asylanten", schließlich die Islamophobie und heute in Konkurrenz dazu die Roma-Hysterie.

Diese zweite Trennlinie – die sich jetzt immer stärker zeigt – ist die zwischen einer qualifizierten Elite von Einwanderern und einer Gruppe "unerwünschter" Einwanderer, die Teil der Unterschicht wird

Es gibt aber keine Willkommenskultur nur für die Elite – der xenophoben Mob macht nämlich den Unterschied nicht und geht auf Äußerlichkeiten los. Er greift den indischen Computerspezialisten wegen seines Aussehens, seiner provozierenden Fremdheit an.

4

Wie wird es weiter gehen?

Die Homogenitäts- und Desintegrations-Demagogen werden schwächer. Zugleich radikalisieren sie sich.

Ich rechne damit, dass sich jenseits der NPD in den nächsten Jahren eine modernere, rechtskonservative Strömung festigen wird, eine Art deutsche Tea Party.

Sie wird die Feinde der Einwanderungsgesellschaft sammeln und in ihren Vorurteilen bestärken: "Der Islam" ist nicht integrierbar und deshalb politisch gefährlich, "Zigeuner" und "Asylanten" sind nur "Sozialschmarotzer".

Alle unsere Nachbarn haben sie, diese "moderne, rechtskonservative Strömung". Bei den einen radikaler, bei den andern moderater. 10-30 Prozent der Wähler spricht (zurzeit) eine solche Partei an.

Deutschland ist die Ausnahme. Der Resonanzboden für eine solche Partei ist bei uns nicht kleiner als bei den Nachbarn. Aber wir haben in Verbindung mit rechtspopulistischer Politik eine böse Geschichte, die immer noch im Gedächtnis der Völker lebendig ist.

Bei uns denkt man sich: Wenn der Stress zunimmt und die Stimmung eskaliert, kann aus der rechtspopulistischen Aggressivität gegen Minderheiten Schlimmes entstehen ...

Deutschland kann sich nicht so ohne weiteres einen Geert Wilders, eine Marie Le Pen, eine Lega Nord leisten.

Quelle: http://blog.initiativgruppe.de/bade-schluss-mit-der-integrationspolitik-uber-zwei-trennlinien/; Download: 8.4.2013.